

**MINISTERIN FÜR FAMILIE, SOZIALES,
WOHNEN UND GESUNDHEIT**

LYDIA KLINKENBERG

PRESSEMITTEILUNG

**Wiederaufnahme der Interministeriellen Konferenz
Frauenrechte: ein neuartiger Ansatz zur Beteiligung
relevanter Akteure**

Eupen, 30. Januar 2026 – Die Ausrichtung der Interministeriellen Konferenz Frauenrechte zu Beginn des Jahres 2026 markiert einen neuen Schritt in der interföderalen Koordination. Sie wurde gemeinsam initiiert durch den wallonischen Minister für Chancengleichheit, Yves Coppieters, und die Sozialministerin der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit Zuständigkeit für Frauenrechte, Lydia Klinkenberg. Angesichts einer Reihe weiter bestehender Herausforderungen und dringender Erfordernisse im Bereich der Frauenrechte in Belgien möchte die Ko-Präsidentschaft die Erfahrungen aus der Praxis stärker einbeziehen, die Kohärenz der Politiken auf den verschiedenen Ebenen von Regierung und Verwaltung verbessern und internationale Verpflichtungen in konkrete Fortschritte umsetzen. Indem das Paket „Neuer Start“ auf die Tagesordnung gesetzt wurde, wird dieser Ansatz konkretisiert.

Die Interministerielle Konferenz (IMK) Frauenrechte trat am **30. Januar 2026** unter dem Ko-Vorsitz von Minister Yves Coppieters und Ministerin Lydia Klinkenberg zusammen. Dieses Treffen stellt einen entscheidenden Neustart der interföderalen Koordination im Bereich der Frauenrechte dar – in einem Kontext, in dem Ungleichheiten und Gewalt gegen Frauen weiterhin bestehen.

Um die Arbeitsverteilung zu optimieren, hat die IMK Frauenrechte beschlossen, die Dauer der Präsidentschaftsperioden von 10 auf 8 Monate zu verkürzen. Dies ermöglicht es der Region Brüssel-Hauptstadt, die 2025 nicht turnusmäßig ihren Vorsitz übernehmen konnte, die Präsidentschaft der IMK Frauenrechte am Ende der Legislaturperiode auszuüben.

BETEILIGUNG DER ZIVILGESELLSCHAFT

Am 2. Februar 2026 wird der Startschuss für eine strukturierte föderale Konsultation der beratenden Gleichstellungsgremien jedes Teilstaates, wie auch repräsentativer Vereinigungen im Bereich der Frauenrechte gegeben. Dieser partizipative Ansatz soll es ermöglichen, die vorrangigen Themen für die IMK Frauenrechte gemeinsam zu bestimmen – im Einklang mit den internationalen Verpflichtungen Belgiens und insbesondere mit dem Übereinkommen zur Beseitigung jeglicher Form von Diskriminierung der Frau der Vereinten Nationen (sog. CEDAW-Konvention). **Er findet für die gesamte restliche Legislaturperiode 2026–2029 Anwendung.**

Dieser Konsultationsprozess stellt eine wichtige Weiterentwicklung der Arbeitsweise der IMK Frauenrechte dar. Durch die frühzeitige Einbindung der Expertise aus der Praxis in die Festlegung der Prioritäten, **bekräftigt die IMK Frauenrechte einen demokratischeren Ansatz, der auf Zuhören, Beteiligung und gemeinsamer Gestaltung beruht.** Er soll die Legitimität und Relevanz der ausgewählten Themen stärken, die Ausrichtung der gemeinsamen Arbeit in den kommenden Jahren besser in den realen Lebenssituationen und -bedarfen von Frauen verankern und die kollektive Unterstützung der verschiedenen Ebenen über die gesamte Legislaturperiode hin fördern.

ERSTES PRIORITÄRES PROJEKT: DAS „PAKET NEUER START“

In diesem allgemeinen Rahmen schlägt die Ko-Präsidentschaft vor, die **Arbeiten rund um ein erstes prioritäres Projekt** zu strukturieren, und zwar **das „Paket Neuer Start“ („Pack Nouveau Départ“)**. Es soll eine Reihe von Maßnahmen vorschlagen, die darauf abzielen,

- **die (weiblichen) Opfer häuslicher Gewalt besser zu schützen**, indem deren Sicherheit und der Schutz der Privatsphäre für diese Frauen gewährleistet wird,
- **den Zugang zu wirksamen und leicht zugänglichen Unterstützungsangeboten für Frauen sicherzustellen**, die Opfer häuslicher Gewalt geworden sind, unabhängig vom Einreichen von gerichtlichen Klagen,
- **für diese Frauen die juristische, psychologische, medizinische und finanzielle Unterstützung abzusichern bzw. auszubauen** und
- **einen opferzentrierten Ansatz zu fördern**, der auf den Rechten, den Bedarfen und der Autonomie der betroffenen Frauen aufbaut.

Dabei sollen auch Situationen intersektionaler Diskriminierung berücksichtigt werden, d.h. konkret Risiken für Frauen, die in sich mehrere Vulnerabilitäten vereinen und deshalb mit speziellen und komplexen Erfahrungen konfrontiert sind.

Das „Paket Neuer Start“ („Pack Nouveau Départ“) stützt sich unmittelbar auf:

- die **allgemeine Empfehlung Nr. 35 des Ausschusses der UN-Konvention zur Beseitigung jeglicher Form von Diskriminierung der Frau**,
- die **Erkenntnisse der Expertengruppe zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt des Europarats (GREVIO)**,
- die **im April 2024 im Rahmen der IMK Frauenrechte begonnenen Arbeiten**, um eine Kontinuität herzustellen. Diesbezüglich sind die Teilnehmer der IMK Frauenrechte übereingekommen, dass die bereits formulierten Leitlinien und Ansatzpunkte zur Verbesserung der Situation der betroffenen Frauen noch einer Präzisierung bedürfen.

Diese Elemente bilden eine kohärente Grundlage für den Beginn des interföderalen Austausches zum „Paket Neuer Start“ („Pack Nouveau Départ“). Es ist jedoch sinnvoll, diesen neu zu verorten auf der Grundlage der bereits gemachten Arbeiten, wie auch unter Berücksichtigung der Entwicklungen seit April 2024, bevor die Kernbestandteile des Pakets aktualisiert werden, um nicht den zu treffenden Entscheidungen zum „Paket Neuer Start“ („Pack Nouveau Départ“) vorzugreifen.

Mit der Eröffnung dieses neuen Arbeitszyklus bekräftigt die IMK Frauenrechte ihre zentrale Rolle bei der interföderalen Koordinierung der in Belgien durchgeführten Maßnahmen zur

Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern, auch um ein gegenseitig abgestimmtes Vorgehen zu erreichen.

Liste der Mitglieder der CIM Frauenrechte

Name	Funktion
Rob Beenders	Minister für Verbraucherschutz, Bekämpfung von Sozialbetrug, Menschen mit Behinderungen und Chancengleichheit
Annelies Verlinden	Justizministerin, zuständig für die Nordsee
Bernard Quintin	Minister für Sicherheit und Inneres, zuständig für Beliris
Caroline Gennez	Ministerin für Wohlbefinden und Armutsbekämpfung, Kultur und Chancengleichheit
Zuhal Demir	Ministerin für Bildung, Justiz und Beschäftigung
Lydia Klinkenberg	Ministerin für Familie, Soziales, Wohnen und Gesundheit
Barbara Trachte	Staatssekretärin der Region Brüssel-Hauptstadt, zuständig für wirtschaftlichen Wandel und wissenschaftliche Forschung
Alain Maron	Ministerpräsidentin des Kollegiums der Französischen Gemeinschaftskommission, zuständig für Gesundheitsförderung, Familie, Haushalt und öffentlichen Dienst
Rudi Vervoort	Ministerpräsident der Regierung der Region Brüssel-Hauptstadt, zuständig für territoriale Entwicklung, Stadterneuerung, Tourismus, die Förderung des Images von Brüssel und bikulturelle Themen von regionalem Interesse
Nawal Ben Hamou	Staatssekretärin der Region Brüssel-Hauptstadt, zuständig für Wohnungswesen und Chancengleichheit
Yves Coppieters	Minister für Gesundheit, Umwelt, Solidaritäten und Sozialwirtschaft sowie für Chancengleichheit und Frauenrechte

Pressekontakt:

Lucie Vandeleene – Pressesprecherin Minister Yves Coppieters - 0498/706649 (Französisch)

Maret van Stiphout – Pressereferentin Ministerin Lydia Klinkenberg – 0490/320451
(Deutsch)